



Europäische
Kommission



Schutz, Sicherheit und Handlungskompetenz von Journalisten Empfehlung der Kommission

16. SEPTEMBER 2021

#DigitalEU #MediaFreedom

#SOTEU



Die EU gilt nach wie vor als einer der sichersten Orte für Journalisten. Dennoch ist die Zahl der Drohungen und Angriffe gegen sie in den letzten Jahren gestiegen. In den tragischsten Fällen wurden Journalisten sogar ermordet. Einschüchterung und Druck schaden dem Umfeld, in dem Journalisten arbeiten. Europa muss Journalisten besser schützen.

Die Medienfreiheit ist ein Kernaspekt der Europäischen Union. Freie und pluralistische Medien sind von zentraler Bedeutung, um die Mächtigen zur Rechenschaft ziehen und den Bürgerinnen und Bürgern fundierte Entscheidungen erleichtern zu können. Diese **Empfehlung zu Schutz, Sicherheit und Handlungskompetenz von Journalisten** ist Teil der Bemühungen der Kommission zur Unterstützung von Medienfreiheit und -pluralismus in der EU.



908 Journalisten und
Medienschaffende wurden 2020 in
23 Mitgliedstaaten angegriffen



175 Journalisten und Medienschaffende
wurden 2020 in der EU bei Protesten
angegriffen



73% der Journalistinnen haben
Online-Gewalt erlebt



23 Journalisten wurden seit 1992
in der EU getötet, größtenteils in den
letzten sechs Jahren



Was ist die Empfehlung zu Schutz, Sicherheit und Handlungskompetenz von Journalisten?

Ziel der Empfehlung ist es, sicherere Arbeitsbedingungen für alle im Medienbereich Tätigen zu gewährleisten, frei von Angst und Einschüchterung, online ebenso wie offline. Sie enthält konkrete Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten treffen sollten, vor allem zugunsten von Journalistinnen.

Einige der wichtigsten Empfehlungen



Effektive und unparteiische Ermittlung und Strafverfolgung



Dialog und Zusammenarbeit mit den Behörden



Unabhängige Reaktions- und Unterstützungsmechanismen



Zugang zu Veranstaltungsorten und Informationsquellen



Gewährleistung der Sicherheit bei Protesten und Demonstrationen



Schulungen für alle, die sich für die Sicherheit von Journalisten einsetzen, und für Journalisten selbst



Wirtschaftlicher und sozialer Schutz



Online-Sicherheit und Stärkung der digitalen Kompetenz



Stärkung der Handlungskompetenz von Journalistinnen sowie derjenigen Journalisten, die Minderheiten angehören oder über Gleichstellungsfragen berichten

Was kann die EU tun?

FINANZIERUNG

Die Kommission unterstützt Projekte, die ein freies, vielfältiges und pluralistisches Medienumfeld fördern, einschließlich der Unterstützung des kooperativen und grenzübergreifenden Journalismus, der Dokumentierung von Verletzungen der Medienfreiheit und der Verteidigung bedrohter Journalisten.

Die EU ist bereit, die Mitgliedstaaten bei der Durchführung der in der Empfehlung aufgeführten Maßnahmen technisch und finanziell zu unterstützen. Während der Laufzeit des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens werden **75 Mio. EUR aus dem Programm „Kreatives Europa“ im Bereich Medienfreiheit und -pluralismus** investiert. Für laufende Projekte zur Förderung der Sicherheit von Journalisten, der Medienfreiheit und des Medienpluralismus werden EU-Mittel von insgesamt 21,5 Mio. EUR gewährt.

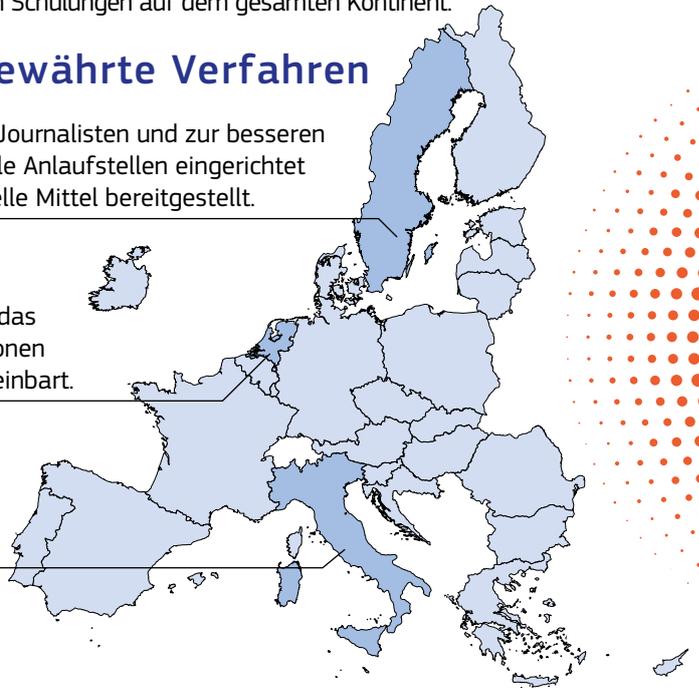
Außerdem leistet die EU einen Finanzbeitrag zum europäischen [Krisenreaktionsmechanismus](#) unter der Leitung des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig (Deutschland). Es leistet vielfältige Unterstützung, z. B. bei der Rechtsverteidigung und Rechtsgutachten, aber auch Soforthilfe etwa für Reisekosten, psychologische Unterstützung und Familienkosten, Unterkünfte in Deutschland und Italien sowie Durchführung und Unterstützung von Schulungen auf dem gesamten Kontinent.

Mitgliedstaaten: bewährte Verfahren

Schweden hat zur Unterstützung von Journalisten und zur besseren Aufklärung von Hassstraftaten nationale Anlaufstellen eingerichtet und zusätzliche personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt.

In **den Niederlanden** haben Staatsanwaltschaft, Polizei, die Gesellschaft der Chefredakteure und der Journalistenverband das auf eine Verringerung von Bedrohungen, Gewalt und Aggressionen gegenüber Journalisten ausgerichtete PersVeilig-Protokoll vereinbart.

In **Italien** wurde ein Koordinierungszentrum eingerichtet, das sich mit gegen Journalisten gerichteten Handlungen befasst.



© Europäische Union, 2021

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet. Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt. Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden. All Abbildungen © Getty Images Plus / iStock / DigitalVision Vectors - Pictures © Mihajlo Maricic, LanaStock - iStock Getty Images Plus